

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

65 (17.3.1934)



# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3700 II.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 63, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 65

Samstag, den 17. März 1934

105. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Die römische Konferenz über die Donaufträge soll um drei Tage verlängert werden, angeblich wegen eines Ausflugs nach Neapel und Capri.

Die französische Handelsabordnung hat London verlassen, nachdem eine rasche Einigung über die Handels- und Zollfrage nicht zu erreichen war.

In der Mandatschüre ist ein Aufstand gegen die mandatschürische Regierung ausgebrochen. Die Aufständischen werden von einem General geführt.

Die Mitgliederperre für die Deutsche Arbeitsfront wird vom 30. März an aufgehoben.

Die Warschauer Universität wurde geschlossen weil ein jüdischer Professor von Studenten mißhandelt worden ist.

Die französische Note auf die englische Abrüstungspolitik soll am Samstag überreicht werden, die deutsche Note nach Paris ist auch in London überreicht worden.

Die Schmuggelaffäre des Sekretärs Gerardy der französischen Gesandtschaft in Sofia wächst sich zu einem immer größeren Skandal aus.

## Keine Störungen bei Besuchen des Führers

Eine Erklärung des Adjutanten Bräuner.

DNB. Berlin, 16. März. Der Adjutant des Führers gibt bekannt: In der letzten Zeit haben sich bei Veranstaltungen, die der Führer besuchte, folgende Unzuträglichkeiten ergeben:

1. Durch das sich am Tage öfter wiederholende Auffagen von Gedächtnis — besonders durch Jugendliche — haben sich derartige Verschleppungen in den Programmen ergeben, daß sie jede genaue Zeiteinhaltung hinfällig machten.

2. Ebenso haben sich durch das sich dazwischenmal am Tage wiederholende Verlangen nach Autogrammen des Führers dieselben Unzuträglichkeiten ergeben. Allen in Betracht kommenden Parteien- und SA-Dienststellen wird es zur Pflicht gemacht, diese Vorgänge in Zukunft zu unterbinden.

3. Es besteht ferner Grund, darauf hinzuweisen, daß während Theateraufführungen, die der Führer besucht, laute Ovationen während der Pausen unter Berücksichtigung des Ortes und der Ausführung von Kunstwerken vom Führer nicht gewünscht werden.

## Polsterung der 3. Wagenklasse

DNB. Berlin, 16. März. Um der notleidenden Industrie einen weiteren Arbeitsauftrag zuzulassen und um damit gleichzeitig den vielfachen Wünschen der Reisenden nach Erhöhung der Bequemlichkeit nachzukommen, hat sich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, wie die „Wandelschau“ meldet, entschlossen, die Sitze in der III. Wagenklasse polstern zu lassen. Für die Polsterung sind zunächst die D-Zugwagen und die vierachsigen wählbaren Eilzugwagen vorgesehen, ferner die Triebwagen, soweit sie nicht in Stadt- und Vorortverkehr in Berlin, Hamburg-Altona und Stuttgart verwendet werden. Noch im Jahr 1934 sollen die Sitze III. Klasse in den seit Beginn des Jahres 1919 gebauten D-Zugwagen gepolstert werden. Die Polsterung soll in der Weise geschehen, daß die Sitze eine Polsterung unter Verwendung der Regelfeder und die Rücklehnen eine Filzauflage mit Wuschbezug erhalten.

## Der neue Titel „Reichsbahninspektor“

DNB. Berlin, 16. März. Die Verordnung des Reichspräsidenten und des Reichsinnenministers, wonach die bisherigen Obersekretäre der verschiedenen Behörden künftig den Titel „Inspektor“ erhalten, ist, wie wir hören, nunmehr auch auf die Reichsbahnbeamten übertragen worden und hat dort zu einer weitgehenden Vereinfachung der Dienstbezeichnungen geführt. So heißen künftig alle bisherigen Reichsbahnobersekretäre, Oberbahnpost-, Obermaterial- und Obermaterialvorsteher- und Inspektoren einheitlich „Reichsbahninspektor“. Die gehobenen mittleren technischen Beamten wie die bisherigen technischen Reichsbahnobersekretäre und die ihnen gleichstehenden Oberbahnmeister usw. heißen künftig „Technischer Reichsbahninspektor“. Außerdem gibt es natürlich auch Oberinspektoren.

## Rundfunkgerät für das Reichsheer

Berlin, 16. März. Laut Verfügung des Chefs der Heeresleitung werden alle Kommandobehörden, Kommandanturen, Stabsstellen, Waffenschulen und Truppenstäbe des Reichsheeres bis zu den Bataillons-(Abteilungs-)Stäben abwärts mit Rundfunkgeräten ausgestattet. Dadurch soll allen diesen Dienststellen Gelegenheit gegeben werden, amtliche Anordnungen und staatspolitische Rundgebungen (soweit durch Rundfunk verbreitet) anzuhören. Als Rundfunkgerät für diese Zwecke soll der Volksempfänger verwendet werden.

## Dr. Schacht über das Auslandsschuldenproblem

DNB. Berlin, 16. März. Heute abend sprach Dr. Schacht auf dem Jahresbankett der amerikanischen Handelskammer in Deutschland im Hotel „Adlon“ über das Auslandsschuldenproblem. Er führte u. a. aus: Seit vier Jahren leben wir in einer Krise, die den Bestand der Weltwirtschaft langsam untergräbt. Seitdem haben Wirtschaftsführer, Politiker und Wissenschaftler unzählige Male die Wiederkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse als nahe bevorstehend vorausgesetzt. Ein rundes Duzend internationaler Wirtschaftskonferenzen hat sich bemüht, die Krise durch alle möglichen Vorschläge aus der Welt hinweg zu debattieren. Und dennoch, sie besteht mit wenig vermindelter Schärfe weiter. Wenn auch einzelne Volkswirtschaften eine gewisse interne Belebung zeigen, so wollen wir es doch nicht verfehlen, daß, international gesehen, das Geschäft nach wie vor außerordentlich schlecht liegt. Beruhte die Krise lediglich auf ökonomischen Ursachen, so hätte sie sich längst wieder abgeklärt. Wir haben aber keine freie Wirtschaftsentwicklung, weil die Politik ständig die Wirtschaft unter Druck hält. Das ganze Konglomerat von politischen und aus dem politischen Druck herrührenden Schuldenverpflichtungen laßt als dauernde Alp auf der internationalen Wirtschaft. Vor zehn Jahren hat der Dawesplan es klar ausgesprochen, daß internationale Schulden nur mit Waren und Dienstleistungen abgegolten werden können. Vor zehn Jahren hat der Dawesplan ausgesprochen, daß internationale Kreditoperationen die Abtragung von Schulden wohl zeitweilig verschleiern können, aber sie nicht endgültig verwehren. Während man das erste Problem, daß Schulden nur mit Waren bezahlt werden können, langsam einzusehen beginnt, fehlt für das zweite Problem noch immer das richtige Verständnis, und es gibt immer noch Kritiker, die glauben, daß die politischen Schulden aus dem Versailles Diktat und seinen Nebenabmachungen einmal voll bezahlt werden können. Diese Schulden können nur voll bezahlt werden, wenn die erstgenannte Erkenntnis des Dawesplanes in die Praxis überführt wird, wonach der Gläubiger bereit ist, Waren des Schuldners in Zahlung zu nehmen. Bis jetzt hat sich herausgestellt, daß der Gläubiger hierzu nicht bereit ist. Der Gläubiger macht demnach die Bezahlung seiner Forderung unmöglich. Die zweite These des Dawesplanes, daß man mit Anleihen eine Zahlungsfähigkeit nur vorläufig, hat an den deutschen kommerziellen Schulden ihre Richtigkeit erwiesen. In dem bekannten Lantton-Bericht von 1931 können Sie nachlesen, daß 10,3 Milliarden RM. aus den kommerziellen Anleihen niemals in die deutsche Volkswirtschaft hineingelangt, sondern direkt zur Reparationszahlung verwendet sind. Diese 10,3 Milliarden Schulden aber bestehen nun in kommerzieller Form weiter. Wenn man zu ihnen noch die Zinsen hinzuzählt, und wenn man weiter beachtet, daß unsere Auslandsschuld heute nach den ungeheuren Rückzahlungen, die wir geleistet haben, nur noch 15 Milliarden RM. beträgt, so sieht man, daß der gesamte heute noch bestehende deutsche Auslandsschuldenbetrag genau seinen politischen Ursprung entspricht, während wir alle die kommerziellen Schulden, die nicht für Reparationen, sondern für die deutsche Wirtschaft verwandt worden sind, reiflos zurückgezahlt haben. Das ist eine Leistung, die bei irgendeinem anderen Land der Welt zu konstatieren schwierig sein dürfte, die uns aber zu der Forderung einer neuen Erörterung dieser noch resultierenden Schulden berechtigt.

So sehr diese Dinge der Politik entspringen, so sind sie doch für die Geschäftswelt dieser Sphäre entworfen. Die ganze Welt schreit förmlich nach neuer Wirtschaftstätigkeit und wird doch durch den Schuldenloß am Bein festgehalten. Aus unserer geschäftlichen Praxis wissen wir alle, wie man solche Dinge in regulären Geschäftslagen behandelt. Es treten Verluste an Debitoren ein, die eine Weile das Geschäft reduzieren, dann aber ist man in der Lage, den Verlust abzuschreiben und fängt an, neue Geschäfte zu machen. Meistens sind in wenigen Jahren die Verluste verschmerzt. Es ist auch nicht so, daß ein Kunde, der ohne seine Schuld unfähig geworden ist, zu zahlen, seinen Kredit verliert, sondern wenn er fleißig ist und wieder vorankommt, so bekommt er auch wieder Kredit. Ich glaube, daß der Versuch gemacht werden muß, zwischen den Schuldnerstaaten und den Privatgläubigern zu einer Abmachung zu kommen. Was jedenfalls Deutschland anlangt, so drängt sich hierzu die Notwendigkeit gebieterisch auf. Sie alle wissen, in welcher schwierigen Desillusionenlage Deutschland sich befindet.

Dr. Schacht erinnerte dann an die nach seinem Wiedereintritt in das Amt des Reichsbankpräsidenten erfolgten Maßnahmen, so an die Rückzahlung des geliehenen Geldes, an das Transfergesetz, an die Festsetzung der Transferquote, die von den ausländischen Gläubigervertretern so hart angegriffen worden sei und die trotzdem seit dem 31. Dezember 1933 bis heute zu einem Gold- und Devisenverlust von 122 Millionen RM. geführt habe, so daß die Deckung sich heute nur noch auf 274 Millionen beläuft. In der letzten Woche allein hätten wir 45 Millionen RM. Gold und Devisen eingebüßt. Unsere Gold- und Devisendeckung betrage heute 8 Prozent.

Diese Entwicklung, so fuhr Dr. Schacht fort, nötigt uns nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Weltwirtschaft zu neuen Maßnahmen. Eine weitere Kürzung der Devisenzuteilung für die Einfuhr wird die un-

mittelbare Folge sein müssen. Ich kann mir aber auch denken, daß es notwendig sein wird, die Einfuhr von Rohstoffen un-mittelbar zu beschränken. Damit ist die Frage der Belebung oder Nichtbelebung des Welthandels wieder aufgerollt. Denn ob man Deutschland mit Sympathie oder Antipathie gegenübersteht, ist völlig gleichgültig gegenüber der Tatsache, daß der Ausfall von 66 Millionen hochwertiger Verbraucher für die Weltwirtschaft ein Unglück bedeutet.

Man spricht immer davon, daß Deutschland sich autarkischen Bestrebungen zuwenden. Aber die geschilderten Verhältnisse rechtfertigen es, wenn ich erkläre, daß nicht Deutschland sich der Autarkie zuwendet, sondern daß die sinnlose Schuldenpolitik gegenüber Deutschland uns in die Autarkie hineinzwingt. Wir haben keinen lebhafteren Wunsch, als einen internationalen Handel zutreiben. Wir können aber zurzeit keine Erzeugnisse in der Welt mehr kaufen, weil man uns gezwungen hat, Tribute zu zahlen, die wir nicht aufbringen konnten und Schulden zu zahlen, für die wir niemals einen Gegenwert bekommen haben.

Ich sehe heute einen einzigen Mann in der Welt, der den Kern des internationalen Problems, dessen Hauptteil die deutsche politische Verschuldung ist, richtig sieht und anzupacken entschlossen ist. Dieser Mann ist Präsident Roosevelt! Wenn dieser Mann zunächst, angeleitet von dem englischen Vorgang, versucht, dem Problem auf dem unzulänglichen Wege der Währungsentwertung beizukommen, so hat er doch niemals vergessen, daß die Wiederbelebung des internationalen Rohstoffmarktes der Ausgangspunkt jeder wirtschaftlichen Gesundung der Welt sein muß. Während für England, Frankreich, Südamerika, Osteuropa, Deutschland das Problem jeweils ein Einzelproblem ist, so konzentriert sich in der Hand des Präsidenten Roosevelt dieses Problem als ein Gesamtweltproblem da die Vereinigten Staaten heute zum Zentralgläubiger der Welt geworden sind. Zwischen 1929 und 1933 sind die Welt-handelsumsätze von 277 auf 97 Milliarden RM., also auf ein Drittel zurückgegangen. Diesem Verhältnis entspricht genau, daß Deutschland in 1929 für 7,2, in 1933 aber nur für 2,4 Milliarden Reichsmark Rohstoffe eingeführt hat.

Wenn es Roosevelt gelingt, für die wichtigsten Rohereignisse seines Landes und der Länder, an denen er als Gläubiger interessiert ist, stetige Abnehmer zu festen Preisen zu finden, so würde das die unmittelbare Gesundung nicht nur der amerikanischen Farmer bedeuten, sondern auch der südamerikanischen Länder, an deren Gebeihen Amerika und die übrigen Industriestaaten der Welt, besonders auch Deutschland, interessiert sind. Ein neuer Ausfall Deutschlands hingegen auf dem Rohstoffmarkt wird mit Sicherheit eine Wiederverlangsamung, wenn nicht gar ein Aufhören des eben begangenen Preisanstieges, herbeiführen.

Zwei Wege sind zu beschreiten, um die Gesundung der Welt herbeizuführen. Erstens muß jedes Land in sich selbst versuchen, die größtmögliche Belebung seiner inneren Produktionskräfte herbeizuführen. Innerhalb des ersten Regierungsjahres ist es unserem Führer Adolf Hitler gelungen, 2,7 Millionen Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einzuführen, und es ist kein Zweifel daran, daß ein weiterer erheblicher Fortschritt im zweiten Jahr erzielt werden wird. Wir haben damit die inneren Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des Welt-handels geschaffen. Nun gilt es, die große weitere Aufgabe zu lösen, den Welthandel wieder in Gang zu bringen. Die Vereinerung der zwischenstaatlichen Verschuldung ist eine Vorbedingung hierfür. Ich sehe die Nötigkeit einer Verbindung dieses Problems mit der von Präsident Roosevelt ins Auge gefaßten Besserung der Rohstoffmärkte. Die Schulden der Vergangenheit lassen sich aber nicht aus dem gegenwärtigen Beharrungszustand, sondern aus der künftigen Geschäftsbelebung abzahlen.

## Eine Rückfrage des Genfer Saar-Ausschusses

Saarbrücken, 16. März. Die „Saarbrücker Landesschau“ meldet unter der Ueberschrift „Serr Knox hat das Wort“: Wie man heute erzählt, ist der Präsident der Saarregierung, Serr Knox, während der letzten Tagung des Saar-Ausschusses in Genf von Mitgliedern dieses Ausschusses gefragt worden, ob seine Forderung, ausländische Polizeitruppen ins Saargebiet zu entsenden, von der gesamten Regierungskommission oder nur von ihm selbst gestellt werde. Da Herr Knox auf diese Frage wahrheitsgemäß entgegnete, daß die Forderung nur von ihm selbst gestellt werde, wurde er vom Saar-Ausschuß ersucht, alsbald einen Bericht für die nächste Ausschuß-Tagung zu senden, der die Meinung der ganzen Saarregierung zu dieser Frage wiedergibt. Man sieht diesem Bericht in Genf mit großer Spannung entgegen. Bisher scheint er nach unseren Informationen noch nicht eingetroffen zu sein.



## Streiflichter

In Paris ist Prinz Sixtus von Parma-Bourbon gestorben. Seine Schwester, die Kaiserin Zita von Österreich-Ungarn, weilt an seinem Sterbelager. Damit wird jene unerfreuliche Angelegenheit ins Gedächtnis der Zeitgenossen zurückgerufen, in der sich leinzeitig während des Weltkrieges die Erschütterung der politischen Front Österreich-Ungarns dokumentierte. Prinz Sixtus war der Ueberbringer jenes Briefes, den Kaiser Karl im Jahre 1917 ohne Wissen seines deutschen Verbündeten an den Präsidenten Poincaré von Frankreich richtete in der Annahme, durch eine Fühlungnahme mit Frankreich für Österreich-Ungarn eine Friedensmöglichkeit zu schaffen. Kaiser Karl war am 21. November 1916 seinem Groß-Oheim Franz Joseph auf den Habsburger Thron gefolgt. Von Natur energielos und leicht zu beeinflussen, obendrein durch seine Frau, die ehemalige Prinzessin Zita von Parma-Bourbon nicht gerade in deutschfreundlicher Denkhaltung bestärkt, empfand er das Bündnis der Habsburger Monarchie mit dem Deutschen Reich vom ersten Tage seiner Regierungszeit an als lästig. Soweit er überhaupt bestimmte politische Vorstellungen hatte, waren sie viel mehr darauf gerichtet, die slavischen und romanischen Volksteile des österreich-ungarischen Gesamtstaates, die ja schon im letzten Jahrzehnt der Regierung Franz Josephs von durchaus zentrifugalen Tendenzen beherrscht waren, mit der Idee des Habsburger Reiches zu verschmelzen. Eines der Mittel, mit denen Karl glaubte, das entschundene Vertrauen zur Krone in den Ländern seiner Monarchie wieder herstellen zu können, war der unglückliche Versuch, durch einen direkten Appell an Poincaré Frieden zu stiften. Der Bruder der Kaiserin Zita, der Prinz Sixtus, dessen persönliche Beziehungen zu den französischen Staatsmännern engere waren als zu denen auf Seiten der kämpfenden Mittelmächte, schien der geeignete Mittelsmann. Daß die Abwendung eines Friedensangebots hinter dem Rücken Deutschlands und der anderen beiden Verbündeten Österreich-Ungarns mitten in einer Zeit schwerster, für das Kriegsgeschehen entscheidender Kämpfe ein Vertrat am Bündnis war, hat Kaiser Karl nicht abgehalten, den Schritt zu tun. Die Wirkung mußte naturgemäß eine Schwächung der politischen und damit auch der militärischen Situation der Mittelmächte sein. Einen Erfolg hatte der Sixtus-Brief nicht, ja er erhielt nicht einmal Antwort aus Paris. Das hat übrigens Kaiser Karl nicht abgehalten, im August und September 1918 erneut ohne Kenntnis der deutschen Reichsregierung zunächst mit den bulgarischen und den türkischen Verbündeten über eine neue Sonderfriedensaktion zu verhandeln, und schließlich am 14. September 1918 gegen die immer wiederholte und dringende Warnung der deutschen Reichsregierung eine Friedensnote unmittelbar an die gegnerischen Mächte zu richten. Die Sixtus-Affäre bezieht sich auf den dunkelsten Punkt in der Geschichte des Bündnisses und der Waffenbrüderschaft zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn. Sie hat mit ihrer völligen Verkennung der psychologischen Impponderabilitäten der Politik der gemeinsamen Sache der Mittelmächte unendlich geiradet.

Die Revolutionierung der Geister, die einen Staat nach dem anderen ergreift, hat jetzt auch in Estland zu innerpolitischen Spannungen und Konflikten geführt. Die estländische Regierung hat die „Volksbewegung der estländischen Freiheitskämpfer“ verboten, hat eine ganze Reihe ihrer prominenten Führer verhaftet und hat es für notwendig erachtet, gleichzeitig für die Dauer eines halben Jahres den Kriegszustand über das ganze Land zu verhängen, weil sie offenbar mit gewaltsamem Widerstand gegen ihre Unterdrückungspolitik rechnen. Das Vorgehen gegen die Freiheitskämpferbewegung wirkt umso auffälliger, als es estländische Volk sich vor noch nicht langer Zeit durch die am 15. Oktober 1933 vorgenommene Volksabstimmung bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent mit der starken Mehrheit von 400 000 Stimmen gegen 150 000 für einen gerade von dieser „Freiheitskämpferbewegung“ vorgeschlagenen Verfassungsreformentwurf ausgesprochen hat. Diese neue Verfassung ist in der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1934 in Kraft getreten. Die „Freiheitskämpferbewegung“ ist hervorgegangen aus einem kameradschaftlichen Verbande der aktiven Teilnehmer an den Unabhängigkeitskämpfen gegen Sowjetrußland im Jahre 1919. Im Jahre 1931 organisierte sie sich allmählich zur politischen Partei um und ist im Jahre 1933 stärker in den Vordergrund getreten als die Frage der Verfassungsreform aktuell wurde. Estland hatte eine Verfassung, die das demokratische Prinzip auf die Spitze trieb. Das jeweilige Kabinett war danach nichts weiter als ein bevollmächtigter Ausschuss des Parlaments. Das Amt des

Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten war in einer Person vereinigt, und jede Kabinettskrisis wurde damit gleichzeitig auch zu einer Krise der höchsten Spitze des Staates. Der Verfassung fehlte damit jedes stabile Moment. Die Einsicht in die Unmöglichkeit, auf dieser Verfassungsgrundlage die Geschichte des Landes weiterhin führen zu können, hatte die bürgerlichen Parteien bereits zweimal veranlaßt, an eine Reform der Verfassung heranzutreten. Beide Male ohne Erfolg. Nach diesem Fiasko der bürgerlichen Politiker ging die Vereinigung der Freiheitskämpfer selbst an die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes, der am 15. Oktober 1933 die oben erwähnte überwältigende Mehrheit in der Volksabstimmung erlangte. Dieser Entwurf trennt das Amt des Ministerpräsidenten von dem des Staatspräsidenten, der also damit als besondere Einrichtung der Verfassung überhaupt erst neu geschaffen wird. Der Staatspräsident wird direkt vom Volke gewählt. Seine Machtbefugnisse erfahren eine wesentliche Erweiterung gegenüber dem Parlament, dessen Mitgliederzahl von 100 auf 50 herabgesetzt wird. Am 22. April soll auf Grund der neuen Verfassung erstmalig in allgemeiner Volkswahl ein Staatspräsident gewählt werden. Daß die „Freiheitskämpferbewegung“ den Wunsch hat, dem Staate, der sein Grundgesetz nunmehr ihrer politischen Gedankenrichtung angepaßt hat, einen Mann aus ihren Reihen als Führer zu geben, ist begreiflich. Sie hat als Kandidaten General Larva, der an der Spitze der Bewegung steht, aufgestellt. Das plötzliche Verbot der „Freiheitskämpferbewegung“, das mit einem angeleglich für den letzten Montag geplanten bewaffneten Aufstand begründet wird, scheint mir der beginnenden Bahlagitation zusammenzuhängen. Darauf deutet auch die Verhängung des Kriegszustandes auf die lange Frist eines halben Jahres hin. Die Regierung hat mit Hilfe der Ausnahmebestimmungen natürlich die Möglichkeit, eine unangenehme Bahlagitation zu unterbinden und ihrem eigenen Kandidaten die Wege zu ebnet. Die „Freiheitskämpferbewegung“ zählt weit über 100 000 eingeschriebene Parteimitglieder namentlich aus den jüngeren Elementen der städtischen Bevölkerung.

## Abbruch der französisch-englischen

### Handelsvertragsverhandlungen?

Paris, 16. März. Der französische Wirtschaftsminister Lamoureux, der sich am Mittwoch nach London begeben hatte, um Handelsvertragsverhandlungen mit der englischen Regierung aufzunehmen, wird am Samstag mit seinem ganzen Stabe von Mitarbeitern wieder nach Paris zurückkehren. Die englisch-französischen Besprechungen sollen vorläufig auf dem üblichen diplomatischen Wege fortgesetzt werden. In französischen politischen Kreisen weist man darauf hin, daß sich schon bei der ersten Begegnung in London besondere Schwierigkeiten ergeben hätten, weil die Engländer darauf bestehen, daß Frankreich die Kontingente in ihrer alten Form und Höhe wieder herstelle, und sich in weiterer Weise, die französische Forderung auf Gegenseitigkeit anerkennen. Sobald die Besprechungen auf diplomatischem Wege eine Klärung der Lage herbeigeführt haben, werde Lamoureux wieder nach London zurückkehren.

## Eine Wendung in den französisch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

DNB, London, 16. März. In den französisch-englischen Handelsvertragsverhandlungen, die wie gemeldet, zu scheitern drohten, ist eine Wendung eingetreten. Die Besprechungen haben ergeben, daß die Standpunkte der Abordnung sich näherkämen, als man anfangs geglaubt hatte. Die Sachverständigen können ohne Unterbrechung der Verhandlungen an die Prüfung der Einzelfragen gehen. Sowohl in französischen als auch in englischen Kreisen wurde Freude über diese Fortschritte zu verzeichnen sein. Der französische Wirtschaftsminister Lamoureux hat seinen Plan aufgegeben, bereits am Samstag mit seinem ganzen Stabe von Mitarbeitern nach Paris zurückzukehren. In wirtschaftspolitischen Kreisen sieht man in dem Entschluß des Ministers, in London zu bleiben, eine Befestigung dafür, daß die Besprechungen eine ermutigende Wendung genommen haben.

## Mussolini ehrt Nicarda Hud

Heidelberg, 16. März. Nicarda Hud, die in Heidelberg lebende Dichterin, erhielt dieser Tage durch den italienischen Botschaftler in Berlin ein Bild Mussolinis mit dessen eigenhändiger Unterschrift zugeandt, mit dem der italienische Regierungschef die Dichterin als Verfasserin dreier Werke aus der neueren italienischen Geschichte auszeichnet.

In der selbstverständlichen Freundlichkeit, mit der man alten, langjährigen Diensthofen entgegentritt, machte Frau Hormann die neue Hausgenossin mit dem Mädchen bekannt: „Das ist meine alte, treue Martha, Fräulein Lore!“ Herzlich reichte Ditha dem bescheiden erötenden Mädchen die Hand. „Martha — was für ein hübscher Name das ist, gerade in Ihrem Beruf!“ sagte sie gewinnend. „Man denkt dabei unwillkürlich an die nimmermüde, immerfor-gende Martha in der Bibel.“ „Der unser Herrgott dafür dann eins ausgewijst hat, geht!“ ergänzte das Mädchen schlagfertig. „Alle lachen.“ „Da haben Sie's nun, Fräulein Lore!“ neckte der Doktor. „Wenn Sie die Bibel zitieren wollen, nehmen Sie sich ja hübsch vor unserer Martha in acht. Die nimmt's an Bibelstetigkeit mit jedem Theologen auf!“ Verlegen verschwand die treue Seele mit einem höflichen: „Gute Nacht!“ so schnell als möglich aus der Tür. Auf dem alten grünen Plüschsofa sitzend, in dem ihre zierliche Gestalt fast verschwand, sprach Frau Hormann ein kurzes Tischgebet. Als sie aber dann nach dem Suppentisch greifen wollte um die Suppe auszuteilen, kretete Ditha bit-tend die Hand aus: „Darf ich das für Sie besorgen, Frau Hormann?“ Freundlich nickte diese Gewähr, der Sohn aber konnte nicht umhin, schon wieder zu nicken. „Das Amt der Hausfrau, Fräulein Lore?“ Er wußte selbst nicht, warum es ihm so großes Vergnügen machte, das hübsche, zarte Mädchen immer von neuem in Verlegenheit zu bringen. Vielleicht nur deshalb, weil sie so reizend ausah, wenn ihr die dunkle Röte so wie eben jetzt das seine Gesichtchen bis unter die traurigen Stirnlocken hinauf überzog. Abirgens schon der erste große Unterschied zwischen ihr und Ditha — konstatierte er befriedigt. Ditha konnte nicht um jeder Kleinigkeit willen rot werden, ihrer ruhigen Selbstsicherheit war die rührende, ein wenig hilf-lose Verlegenheit Lore Bergers völlig fremd. Dithas Hand, die den silbernen Suppenschieber hielt, zitterte so, daß der Köffel mit seinem Klirren gegen den Teller des Hausherrin schlug, den sie eben füllte. Konnte

## Die Bildung der Vertrauensräte

### Kreis der Abstimmungsberechtigten — Voraussetzung für die Bestellung zum Vertrauensmann

Berlin, 16. März. Amtlich wird mitgeteilt: Wie aus Anfragen zu entnehmen ist, haben sich in Betrieben bei der Bildung der Vertrauensräte verschiedene Zweifel sowohl über den Kreis der Abstimmungsberechtigten wie über den Kreis der als Vertrauensmänner in Betracht kommenden Personen ergeben. Zur Klärung teilt das Reichsarbeitsministerium mit:

Zum Kreis der Abstimmungsberechtigten gehören alle Angehörigen der Gesellschaft vom Lehrling bis zum leitenden Angestellten. Nicht abstimmungsberechtigt sind lediglich die Unternehmer selbst, bei juristischen Personen diejenigen Persönlichkeiten, die das geschäftsführende Organ der juristischen Person bilden, also z. B. die Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft, die Geschäftsführer einer G.m.b.H. Nicht abstimmungsberechtigt sind ferner die zum Stellvertreter des Führers des Betriebes bestellten Persönlichkeiten, Profuratisten werden hiernach in der Regel abstimmungsberechtigt sein, sofern sie nicht im Einzelfalle Stellvertreter des Führers des Betriebes sind.

Als Vertrauensmänner können diejenigen abstimmungsberechtigten Personen bestellt werden, die den besonderen Voraussetzungen des Paragraphen 8 des Gesetzes entsprechen. Das Gesetz schreibt vor: „Vertrauensmann soll nur sein, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat, mindestens ein Jahr dem Betrieb oder dem Unternehmer angehört und mindestens zwei Jahre im gleichen oder verwandten Berufs- oder Gewerbegebiet tätig gewesen ist. Er muß die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, der Deutschen Arbeitsfront angehören durch vorbildliche menschliche Eigenschaften ausgezeichnet sein und die Gewähr bieten, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt. Von der Voraussetzung einer einjährigen Betriebsangehörigkeit kann bei der ersten Ernennung von Vertrauensmännern, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt, abgesehen werden.“

Von den Voraussetzungen der Vollendung des 25. Lebensjahres und einer zweijährigen Tätigkeit im gleichen oder verwandten Berufs- oder Gewerbegebiet kann gleichfalls abgesehen werden, wenn in besonderen Ausnahmefällen Personen, die neben den sonstigen Voraussetzungen auch den Erfordernissen des Alters und der zweijährigen Zugehörigkeit zum Berufs- oder Gewerbegebiet entsprechen, nicht vorhanden sind.

Die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist nach dem Gesetz nicht Voraussetzung für die Bestellung als Vertrauensmann. Die Entscheidung, ob ein Vertrauensmann die Gewähr bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt, ist nicht nach der Parteizugehörigkeit, sondern nach der Persönlichkeit des einzelnen Angestellten oder Arbeiters zu treffen. Bei der Auswahl der Vertrauensmänner ist neben der politischen Zuverlässigkeit entscheidender Wert auf ihr Sachverhältnis zu legen, da sie andernfalls ihren Aufgaben nicht gerecht werden können. Es ist selbstverständlich, daß auch leitende Persönlichkeiten eines Betriebes — mit Ausnahme des Führers des Betriebes, der kraft seiner Stellung auch der natürliche Führer des Vertrauensrates ist — als Vertrauensmänner bestellt werden können.

## Aufhebung der Mitgliederperre der Deutschen Arbeitsfront

Berlin, 16. März. Der „Indie“ gibt folgende Anordnung des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront bekannt:

„Am den Volksgenossen, die noch nicht Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sind, die Möglichkeit zu geben, die Mitgliedschaft zu erwerben, wird mit Wirkung vom 30. März d. J. die Mitgliederperre der Deutschen Arbeitsfront aufgehoben. Die Aufhebung der Sperre soll es ermöglichen, daß Volksgenossen die in der Wirtschaft tätig sind, und die als Vertrauensräte ufw. nach dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit kandidieren wollen, die für die Kandidatur erforderliche Mitgliedschaft zur Deutschen Arbeitsfront erwerben. Die Aufnahme wird über die Zeilenabteilung der NSD in den Betrieben und die sonstigen Dienststellen der NSD. und NS-Sago vollzogen.“

gez. Selzer, Leiter des Organisationsamtes und stellv. NSD-Leiter.“

## Bischof Dr. Karow zurückgetreten

Berlin, 16. März. Kirchenamtlich wird durch den Ev. Presse-dienst mitgeteilt: Der Bischof von Berlin, Dr. Karow, hat be-trachtet, ihn mit Ablauf des Monats Juli in den Ruhestand zu versetzen. Dr. Karow tritt zunächst einen längeren Urlaub an.

## Wischer will sinnen.

Roman von Klara Haidhausen.

Arbeitsrechtlich durch Verlagsanstalt Manz, Regensburg.

31. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Du hast ja schon ordentlich Feuer gefangen, Mutter!“ neckte der Sohn. Seine Erregung war in raschem Abflauen begriffen, wie es bei offenen, impulsiven Menschen meist der Fall ist, wenn sie sich einmal ausgesprochen haben. „Im übrigen,“ lehte er warm und ernst hinzu, „hast Du recht. Fräulein Berger ist nicht nur ein liebes, feines, sondern auch ein sehr schönes Mädchen und — was nicht zuletzt in die Waagschale fällt, offenbar eine sehr tüchtige Hisskraft. Es fällt mir eigentlich erst jetzt so recht auf, wie überraschend schnell sie sich mit allem zurechtgefunden hat!“

„Wirklich?“ sagte die alte Dame erfreut. „Dann hätte ich nicht zuviel versprochen. Gott gebe, daß Du recht behältst!“

Als Ditha eine halbe Stunde später nach kurzem Klopfen das Zimmer wieder betrat, fand sie Mutter und Sohn in unbefangenerm Geplauder an dem gemütlichen ovalen Esstisch sitzend.

„Wirklichkeit ist die Höflichkeit der Könige!“ scherzte Franz Hormann mit einem Blick auf die alte Wanduhr, die eben zum Schlag ausholte. „Wenn Sie immer so pünktlich sind, werden Sie bei Mutterchen bald einen dicken Stein im Brett haben. Die möchte nämlich am liebsten das ganze Tagewerk so streng nach der Uhr geregelt wissen!“

„Glauben Sie ihm nicht, Kindern!“ wehrte die Mutter gleichfalls lachend. „Er ist ein unverbesserlicher Spötter, das werden Sie bald heraushaben.“

„Im Gegenteil!“ neckte der Sohn. „Fräulein Lore wird bald heraushaben, daß ich immer recht habe. — Übrigens sehen Sie, daß auch unsere Köchin so gut funktioniert,“ setzte er hinzu, als in diesem Augenblick das Mädchen mit der dampfenden Suppenschißel eintrat.

Franz Gedanken lesen? War ihr nicht eben der Gedanke durch den Sinn gegangen, dem Franz Worte gab? Die sehnüchtige Frage, ob sie diese Tätigkeit jemals hier im Hause mit dem althergebrachten Recht der Herrin ausüben würde? Oh, dürfte sie es doch als neues, glückverheißendes Omen buchen, daß das Scherzwort des Geliebten ihr Antwort gab auf ihr geheimstes Wünschen — gerade diese Antwort!

Sie war viel zu sehr in ihre lockenden Gedankengänge verstrickt, als daß es ihr möglich gewesen wäre, den Scherz des Doktors rasch und wirksam zu parieren. So begnügte sie sich mit einem halben Nicken und einem dankbaren Blick auf Frau Hormann, die ihr mit immer wachem, nie verjagenden Tatgefühl rasch zu Hilfe kam, indem sie herzlich betonte: „Das Amt unseres lieben Hausvaters, nicht wahr, Fräulein Lore!“ Der Sohn aber bekam einer strahlenden Seitenblick: „Was bist Du nur heute für ein schlummer, übermütiger Spötter! — Aber nun wollen wir essen.“

„Stimmt!“ sagte der Doktor friedlich. „Nach dem berühmten Rezept: man füttere die Bestie etc. etc. Sie werden sehen, Fräulein Lore, wie schnell ich jetzt ganz gahm und brav sein werde.“

Es wurde ein recht fröhliches Mittagessen zu Dreien. Des Doktors sprudelnder Übermut beherrschte die kleine Tafelrunde und die beiden Frauen ließen sich nur zu gern von dieser bewingenden Fröhlichkeit mitforttragen. Waren sie doch beide im tiefsten Herzen beglückt darüber, ihn so froh zu sehen.

In Dithas Herzen läuteten tausend Freudenglocken. Die siegreiche, sonnige Art Franz Hormanns war es gewesen, die sie von Anfang an in seinen Bann gezogen hatte. Um der herzinnigen Fröhlichkeit willen, die aus dem Gesen-gend einer tiefgläubigen Weltanschauung entsprungen wie ein kristallklarer Bergquell alle erfrischte und stärkte, die mit dem jungen Arzt in Berührung kamen, hatte sie ihr quersüß geliebt.

(Fortsetzung folgt.)